

5. März 14, Hildegard Kronawitter
Aschermittwoch im Verein für Fraueninteressen (VfF)

Anrede

Es ist ein Risiko, mich für den „Frauenpolitischen Aschermittwoch“ einzusetzen, denn ich werde weder Poltern noch eine deftige Rede schwingen.

Ich hoffe dennoch, dass meine frauenpolitischen Betrachtungen Ihr Interesse finden und Sie meinem Blick auf unseren Verein und seine Geschichte folgen mögen.

Immerhin feiern wir heuer 120 Jahre „Verein für Fraueninteressen“.

Lassen Sie mich aber mit einem anderen historischen Datum beginnen:

Vor 95 Jahren, am 19. Februar 1919, sagte Marie Juchacz in der Verfassunggebenden Nationalversammlung folgendes:

„Meine Herren und Damen, es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf, und ich möchte hier feststellen, ... dass wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa Dank schuldig sind.

Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit. Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“

Dieses Selbstbewusstsein der damaligen SPD-Abgeordneten imponiert mir sehr.

Bitte erinnern Sie sich: Erst mit der Revolution im November 1918 wurde Frauen das aktive und passiver Wahlrecht eingeräumt.

Um eben diese Selbstverständlichkeit - wie Marie Juchacz sagte – musste nahezu 70 Jahre lang gerungen werden, beginnend mit 1848.

Auch im VfF wurde die Forderung nach dem Frauenstimmrecht vertreten, jedoch vorsichtig und ohne großen Nachdruck.

Dessen lautstarke Propagierung wurde vielmehr der Frauenstimmrechtsbewegung überlassen, und dies, obwohl Ika Freudenberg bewusst war: „Durch die soziale Tätigkeit allein erwirbt sich die Frau keine politischen Rechte. Diese müssen erkämpft werden“ (1908, zit. n. Monika Schmittner, S. 144).

Das ist doch alles ferne Vergangenheit, mögen Sie sagen: Heute haben wir Angela Merkel im Bundeskanzleramt und Christine Lagarde als taffe Chefin des IWF.

Ja, wir staunen neuerdings über eine deutsche Verteidigungsministerin und über Janet Yellen, die mächtige Chefin der US-Notenbank bzw. über Mary T. Barra als weltweit erste Vorstandsvorsitzende eines riesigen Autokonzerns, nämlich von General Motors.

Sind also die Frauen heute an der Macht?

Anders gefragt:

Ist die Gleichstellung in den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen unseres Lebens tatsächlich erreicht?

Wenn Sie jetzt Einspruch erheben, dann gebe ich Ihnen Recht. Doch es macht Sinn, sich zu vergegenwärtigen, was über eine lange Zeitspanne hinweg von der Frauenbewegung, auch von unseren Vereinsaltvorderen errungen wurde.

Als im Jahr 1894 der VfF in München gegründet wurde, galt das restriktive bayerische Vereinsrecht, das Frauen politische Betätigung verwehrte und frauenpolitisch ausgerichtete Organisationen nicht gestattete.

Trotzdem wuchs unser Verein schnell - wie Monika Schmittner formuliert - zu einem „einflussreichen Faktor im öffentlichen Leben und zum Mittelpunkt eines geistig und kulturell bedeutsamen Kreises“ heran (Monika Schmittner, S. 190).

Ja mehr noch, wir dürfen ihn als Teil der Münchner Moderne mit ihren gesellschaftlichen Reformprozessen und neuen Kunstrichtungen sehen. Künstler des Jugendstils wie Hermann Obrist und August Endell, der Architekt des Fotoateliers Elvira, gehörten dem VfF ebenso an wie die Schriftstellerinnen Carry Brachvogel und Ricarda Huch.

Nach 10 Jahren zählte der Verein über 1000 Mitglieder in München und zahlreiche Zweigvereine in Bayern.

Er war ohne Einschränkung das Zentrum der bayerischen Frauenbewegung!

Noch etwas ist für ihn bemerkenswert und gilt in gewisser Weise auch heute:

Die Vereinsmitglieder wiesen bei ihren politischen Einstellungen eine ziemlich große Pluralität auf, in heutiger Sprache ausgedrückt: die politische Spannweite reichte von links bis rechts. Sozialdemokratinnen, Frauen der Friedens- und der radikalen Stimmrechtsbewegung gehörten ihm ebenso an wie Frauen mit eher deutschnationaler Gesinnung und konservativer Haltung zu Ehe und Familie. Diese Spannweite zeigt sich besonders nach dem Ende des 1. Weltkrieges.

Als wir vor 15 Jahren, am 18. Oktober 1999, mit einem großen Abend und einer Ausstellung an den „1. Allgemeinen Frauentag“ von 1899 erinnerten, dokumentierten wir damit auch die überragende Bedeutung des Vereins für die erste Frauenbewegung in Bayern.

Etwa zeitgleich erfuhr unsere Organisation in der Bayerischen Frauenausstellung in Ingolstadt eine angemessene historische Würdigung.

Der erste Vereinsname „Gesellschaft zur Förderung der geistigen Interessen der Frau“ war angesichts des geltenden

Vereinsrechts offenkundig ein Tarnname, wie nicht zuletzt die Beschlusslage der Generalversammlung beweist:

Als seine Hauptaufgabe hatte die Generalversammlung 1896 verpflichtend festgelegt:

„die Ideen der modernen Frauenbewegung in möglichst weite Kreise zu tragen,...“ (2. Jahresbericht, 1896, S. 2).

Entsprechend waren die Vereinsoberen, allen voran die Vorsitzende Ika Freudenberg, aufklärerisch tätig.

Doch der Verein sollte sich „nicht auf seine agitatorische Wirksamkeit ... beschränken, sondern, ..., gleichzeitig die Erwerbsverhältnisse unseres Geschlechts in den Kreis seiner Interessen hineinziehen...“. Insbesondere wurde „das Unwesen der niedrigen Löhne für Frauenarbeit“ angeprangert.

(Mitgliederversammlung, 10.5.1895, Jahresbericht, 1896, S.3).

Zwei Jahre später, 1898, bestätigte die Generalversammlung die Ausrichtung des Vereins auf politische Agitation und auf ein praktisches, frauenstützendes und soziales Engagement:

Die Fraueninteressen sollten auf den verschiedensten Gebieten wahrgenommen und vertreten werden und „zwar im fortschrittlichem Sinne“ (Jahresbericht, 1898, S.1).

Als Kern dieser Emanzipationsbestrebungen hält das Protokoll der Generalversammlung von 1898 auf Seite 5 fest:

- „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit,

- Gleichheit mit dem Manne vor allen Gesetzen, nicht nur vor Steuer und Strafgesetzen,
- Interessenvertretung für diese arbeitenden zum großen Teil durch ihre Arbeit selbständigen Hunderttausende in unseren beratenden und gesetzgebenden Körperschaften“.

Die Frauen hätten aber „die Pflicht, sich tüchtig zu machen für berufliche Tätigkeit“, was heiße, sie müssten Neigung und Begabung folgen können. Daraus ergebe sich folgerichtig, ich zitiere, „die Forderung nach Zulassung zu allen Berufen“ und „die freie Entfaltung auch der weiblichen Persönlichkeit nach eignen geistigen und sittlichen Gesetzen“.

Ich fasse die damaligen Forderungen zusammen:

- Verbesserung der Mädchen- und Frauenbildung
- generelles Frauenstudium
- Interessensvertretung von Frauen in den politischen Gremien
- materielle Selbständigkeit von Frauen
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit, also Einkommensgerechtigkeit

Es ging den Vereinsfrauen also um die Veränderung rechtlicher Rahmenbedingungen; um es in Anita Augspurgs Worten zu sagen: „Die Frauenfrage ist (...) in allererster Linie Rechtsfrage

(...), weil nur von der Grundlage verbürgter Rechte (...) an ihre sichere Lösung überhaupt gedacht werden kann.“

Dieser Satz stimmt bis heute.

Unseren Vereinsfrauen ging es nicht zuletzt um berufliche Qualifizierung und Zugang zu allen Berufen, um Wohlfahrtspflege und soziale Unterstützung auch der Arbeiterinnen.

Heute ist es erneut Programm und Handeln des VfF, Frauen für die Erwerbstätigkeit und eine glückende Lebensführung zu befähigen. Denken Sie nur an den Neuen Start, an den Spurwechsel-Kurs bzw. den politischen Gesprächskreis.

Bis Ende 1918 war bekanntlich die direkte politische Mitwirkung verwehrt.

Bei einer Gedenkfeier für Ika Freudenberg ist von Dr. Anna Freund rückblickend die Situation bis zur Revolution folgendermaßen festgehalten:

„Was konnten Frauen ... damals denn tun? Es blieb nur: bitten, wieder bitten, ..., drängen, die Stimme erheben zu Klagen, Vorstellungen, Forderungen“

(zitiert nach Sylvia Lederer, S. 40).

Petitionen waren die einzige Möglichkeit, um sich in die politische Willensbildung, in parlamentarische und staatliche Entscheidungen einzumischen.

Die Vereinsfrauen nutzten dieses Instrument reichlich, wie Ika Freudenberg festhielt: „Wir dürfen uns die Mühe des vergeblichen Petitionierens nun einmal nicht verdrießen lassen, denn die Bäume, die wir fällen wollen, sind uralt und festgewurzelt und der einzelne Hieb erschüttert sie kaum“ (Jahresbericht, 1905, S. 4).

So dokumentiert der Nachlass Georg von Vollmars u.a. die vielfache Bitte von Anita Augspurg an den Vorsitzenden der Bayerischen Sozialdemokraten, bei den „Etatdebatten im Landtag die Willkür des Kultusministers hinsichtlich der Zulassung von Frauen zu den Universitäten zu kritisieren.“ Sie hatte in Vollmar ohnehin einen Verbündeten, denn seit 1896 nutzte dieser die Etatdebatten regelmäßig, um für die Sache der Frauen, besonders fürs Frauenstudium einzutreten (vgl. Sylvia Lederer, 1997, S. 54ff).

Seine Forderung begründete er mit dem „Standpunkt der prinzipiellen vollen Rechtsgleichheit aller Mündigen; hier speziell ... dem Standpunkte der absoluten Lernfreiheit und des Rechtes der Betätigung der natürlichen Anlagen und Fähigkeiten“ (Protokoll des Bayerischen Landtags, Band 1894, 7.3.1894, S. 133).

1903 wurde schließlich das generelle Frauenstudium an bayerischen Universitäten gestattet.

Die vehement betriebene Forderung des universitären Frauenstudiums betraf – wie Vollmar hervorhob - nicht die

große Mehrheit der weiblichen Bevölkerung, zumal diese wenig Anteil an der höheren Bildung habe. Es ginge ihm - und hier war er sich mit den Vereinsfrauen einig - ums Prinzip, also um Gleichbehandlung.

Als Fabrikarbeiterinnen, Ladnerinnen, Haushaltshilfen, Kellnerinnen und bei anderen angelernten Tätigkeiten waren Frauen längst erwerbstätig, vielfach unter ausbeuterischen Verhältnissen.

Lassen Sie mich hier einen Vergleich zu unserer heutigen Diskussion um eine Frauenquote in Aufsichtsräten und um mehr Frauen in Unternehmensvorständen ziehen.

Auch uns Heutigen geht es mit der Forderung nach mehr Frauen in hochrangigen Führungsgremien letztlich ums Prinzip und die angemessene Einbeziehung von Frauen.

Obgleich die Vereinsfrauen der ersten Generation aus dem bürgerlichen Lager kamen, zeigten sie große soziale Verantwortung für Arbeiterinnen und trachteten danach, deren Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Sie richteten 1904 sogar eine eigene Kommission zur Behandlung der Arbeiterinnenfrage ein, forderten Lohngleichheit, verlangten eine Besserung des Kostkinderwesens, berieten in Rechtsfragen und reichten Petitionen ein, so eine um für Ladnerinnen das Sitzen bei ihrer Arbeit zu erreichen.

Mit einer Vielzahl von Projekten unterstützten sie die Frauen: Genannt sei hier die Rechtsschutzstelle, die Auskunftsstelle für Frauenberufe, eine Fortbildungsschule für Mädchen, die Abteilung für soziale Arbeit und die „Centralstelle für Wohlfahrtseinrichtungen“. Außerdem bauten sie Kinderheime auf.

Diesen tätigen Einsatz begründeten sie zum einen mit der Hilfe für unterstützungsbedürftige Frauen. Zum anderen erwarben sie sich damit jene Kompetenzen, die - wie sie meinten - zur Vorstufe „einer künftigen Teilnahme an der kommunalen Armenverwaltung“ wird (Jahresbericht 1899, S. 13).

Ihre Arbeit im Dienste der Wohlfahrtspflege war demnach auch ein Weg, auf dem sie „die bürgerlichen Rechte (zu) erwerben“ hofften und „in großen sozialen Fragen mitreden zu können“ glaubten (Jahresbericht 1901, S. 5f).

Damit war ihr soziales Engagement zugleich Teil ihrer Emanzipationsbestrebungen und den grundsätzlichen frauenpolitischen Forderungen nachgeordnet.

Im Verlaufe des 1. Weltkrieges und angesichts der Not in der Bevölkerung erweiterte sich das soziale Engagement der Vereinsfrauen, das Luise Kiesselbach in der Weimarer Republik strukturell absicherte. Die hoch begabte Sozialunternehmerin

schuf Vernetzungsstrukturen wie den Stadtbund Münchner Frauenverbände und den Paritätischen Wohlfahrtsverband. Sie wagte damit Neuland und verortete den Verein neu mit Bezug auf die damals aktuelle Sozialgesetzgebung.

Aus zeitlichen Gründen ist hier lediglich nur diese allgemeine Aussage möglich, wie auch zum Vereinsgeschehen während der NS-Zeit.

Der Verein passte sich in gewisser Weise politisch an, unter anderem damit, dass ab 1935 eine Frau mit NSDAP-Mitgliedschaft als Vorsitzende amtierte. Er ließ sich jedoch nicht gleichschalten, sondern beharrte auf parteipolitischer und konfessioneller Neutralität, mit der Konsequenz, dass er öffentlich nicht mehr wirksam werden konnte.

Bis 1938 kämpften die Vereinsfrauen couragiert mit der NS-Volkswohlfahrt, um den Verlust der beiden Heime – des Gabrielen- und des Luisenheimes – zu verhindern. Letztendlich aber stand die Macht auf Seiten der NS-Wohlfahrt.

Ich sehe hierin ein bemerkenswertes Beispiel für passiven Widerstand in der NS-Zeit.

Bereits im Herbst 1945 holten Julie Gräfin Bothmer, jetzt Vorsitzende, und ihre Mitstreiterinnen die beiden Heime wieder ins Eigentum des Vereins zurück.

Mit besonderer Freude und einer großen Veranstaltung erinnerten wir 1999 an die „Verfassungsmutter“ Dr. Elisabeth Selbert und daran, wie die Artikel 3, Absatz 2 ins Grundgesetz kam. Als Hessin war Elisabeth Selbert zwar nicht Vereinsmitglied, doch das, was sie erreichte, fand große Zustimmung bei unseren Vereinsfrauen.

In den folgenden zwei Jahrzehnten agierte der Verein unter Julie Gräfin Bothmer und Irma Lotte Haesler-Oeser wenig offensiv. Die Vereinsfrauen stellten sich – das sei lobend hervorgehoben - aber der immerwährenden Herausforderung, die beiden Heime zu führen. Anzumerken ist ferner, dass sowohl der Paritätische Wohlfahrtsverband Bayern als auch der Stadtbund Münchner Frauenvereine von damaligen Vereinsfrauen wiedergegründet wurden. Aktuelle politische Themen wurden im Staatsbürgerlichen Gesprächskreis von Frau Dr. Ilse Wirth abgehandelt.

Der gesellschaftliche Aufbruch in den 70er Jahren und die einsetzende intensive frauenpolitische Diskussion brachten neuen Schwung in den ehrwürdigen VfF.

Gretl Rueff, ab 1974 für 20 Jahre Vorsitzende, wagte 1978 mit unserer vergleichsweise kleinen Organisation Aufbau und Führung von Bayerns erstem Frauenhaus, der „Frauenhilfe“. Es folgten weitere Frauen- bzw. soziale Projekte wie Münchner Helferinformation, Neuer Start, Hauswirtschaftliche Beratung für

verschuldete Familien, Frauenbörse, Zuhause gesund werden und Spurwechsel. Die Zuschüsse dafür kamen und kommen vom Sozialreferat und zum Teil vom bayerischen Sozialministerium.

Wieder war es klares Vereinsprogramm: Über tätiges Tun Frauen für gesellschaftliche und politische Mitwirkung zu befähigen, sie im Sinne der Aufklärung mündig zu machen!

1995 musste ich als Vorsitzende realisieren:

Die öffentliche Finanzierung von Projekten ist nicht in Stein gemeißelt. Das Sozialministerium kündigte nämlich an, den staatlichen Zuschuss für den Neuen Start zu streichen.

Mit einer wissenschaftlichen Studie, die bei Prof. Dr. Ernst Prokop entstanden war, einem präzisen schriftlichen Kurskonzept und nicht zuletzt mit einer qualifizierten Argumentation bei einer Podiumsdiskussion überzeugten wir und erreichten die Weiterfinanzierung des Kurses bis heute.

Schon Ika Freudenberg hatte oft den praktischen Lebensbezug der Vereinsfrauen betont. Dieser Realitäts- und Praxisbezug trifft immer noch zu. Meiner Einschätzung nach liegt hierin die größte Stärke des VfF: Er bleibt am Puls der Zeit und reagiert angemessen auf die geänderten gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse.

Dafür ein Beispiel:

Mitte der 90er Jahre verfolgten wir Vereinsfrauen aufmerksam den einsetzenden gesellschaftlichen Diskurs über bürgerschaftliches Engagement, hatte doch der Verein mit der Münchner Helferinformation die älteste Freiwilligenagenturen in Deutschland.

Wir verfügten also über viel Erfahrung, um beim Thema Ehrenamt kompetent mitzureden. Außerdem wollten wir uns nicht von Experten der Theorie und neuen Agenturen, die jetzt Wohlfahrtsverbände einrichteten, an die Wand drücken lassen.

Wiederum ließ Prof. Dr. Ernst Prokop an seinem Lehrstuhl eine wissenschaftliche Studie machen, ihr Thema „Ehrenamtliche Arbeit in der städtischen Gesellschaft“.

So mit empirischem Material und fundierter Analyse ausgestattet, erreichten wir mit einer Podiumsdiskussion eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit und wurden in Expertenzirkel fortan ernster genommen.

Im zweiten Schritt schafften wir dank des Sponsorings der Werbeagentur Dornier, Wetzel, von Bühnen ein Relaunch unserer Freiwilligenagentur mit dem neuen Namen „Tatendrang“, einem professionellen Auftritt und begleitend dazu erfolgte eine große Werbekampagne unter dem Slogan „Spenden Sie Zeit, statt Geld“.

Über diesen Erneuerungsprozess haben wir uns gewissermaßen selbst professionalisiert.

Ich konnte diese Erfahrungen - wie andere aus meiner Vereinsarbeit - in die Arbeit als Landtagsabgeordnete einfließen lassen. Das verschaffte mir auch hier Praxisnähe.

Anrede,

zwei Themen aus dem Spektrum der heutigen frauenpolitischen Diskussion spreche ich noch an, ehe ich zum Schluss komme. Andere gleichfalls wichtige Frauenthemen muss ich leider vernachlässigen:

1. unsere Parole „mehr Frauen in Führungspositionen!“

und

2. die Forderung nach Lohngleichheit.

Kürzlich veröffentlichte das DIW bestürzende Zahlen zum Anteil von Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen bei den 200 größten deutschen Aktiengesellschaften:

Ganze **15 %** der Aufsichtsratsmitglieder sind weiblich, wovon rund zu zwei Drittel der Aufsichtsrätinnen von der Arbeitnehmerseite gestellt sind, also vom Betriebsrat.

4,4 % der insgesamt 906 Vorstandsposten bei den 200

Unternehmen sind mit einer Frau besetzt, in Ziffern: 40 von fast 1000!

Kein Dax-Unternehmen hat eine Vorstandsvorsitzende, und bezeichnend ist, dass einige profilierte Vorstandsfrauen, wie Brigitte Ederer bei Siemens, wieder aufgeben mussten. Hier sank der Anteil sogar und zwar von 7,8 % auf **6,3 %**.

Bitte sagen Sie jetzt nicht, diese Zahlen wären für die durchschnittliche Berufstätige ohne Bedeutung!

Für mich

- geht es hier ums Prinzip, mit anderen Worten um Gerechtigkeit; bitte erinnern Sie sich an die Diskussion um das Frauenstudium.
- Es geht um die weibliche Sicht in der Führung von Unternehmen und
- um Vorbilder für Frauen.

Die Selbstverpflichtung der Wirtschaft mit der Politik, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, aus dem Jahr 2001 hat nichts bewirkt.

Ich bin deshalb für **die Frauenquote in Aufsichtsräten** und für eine abgemilderte Quote auch in Vorständen.

Norwegen lebt es uns vor!

2. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!

In den USA entbrannte kürzlich eine heiße Diskussion darüber, wie es sein könne, dass die neue GM-Chefin Mary T. Barra

deutlich weniger bezahlt bekomme als ihr männlicher Vorgänger.

Dieses Missverhältnis war für die Medien Initialzündung, um den Gender Pay Gap in den USA erneut massiv anzuprangern; in den 90er Jahren war das schon geschehen – offenbar mit geringer Wirkung.

Doch wir brauchen gar nicht so weit zu gehen. In Deutschland haben wir allen Grund, die Lohnbenachteiligung von Frauen zu beklagen. Exakt heute veröffentlichen die Zeitungen die aktuelle Lohndifferenz in OECD-Länder; Deutschland fällt mit 21 % Lohnabstand besonders negativ auf.

Das Bündnis für den Equal Pay Day für dieses Jahr ist geschmiedet und macht von sich reden. Münchner Frauenorganisationen, Gewerkschaftsfrauen, die Gleichstellungsstelle und die Parteien haben sich zusammengetan und eine eindrucksvolle Kampagnenfähigkeit erreicht. Sie können und sollen die Einkommensbenachteiligung von Frauen öffentlich brandmarken und die Forderung nach Einkommensgerechtigkeit vorantreiben.

Zu diesem Thema brauche ich nichts mehr hinzuzufügen, die Streiterinnen sind an der Front!

Lassen Sie mich deshalb mit dem Wunsch schließen:

Dem Münchner Aktionsbündnis möge die aufklärende
Kampagne bestens gelingen und
in der Folge sollen sich jene Veränderungen einstellen, die
künftige Aktionswochen bzw. -tage für Lohngleichheit
überflüssig machen, weil Lohngerechtigkeit erreicht worden ist!
Ein dickes Brett ist zu bohren, dafür Glück auf!

Jahresberichte des Vereins für Fraueninteressen (=Berichte über die
Generalversammlungen) 1896 bis 1905

Literatur:

Monika Schmittner, Aschaffenburg – ein Schauplatz der Bayerischen
Frauenbewegung, Aschaffenburg, 1995

Rudolf Herz/Brigitte Bruns (Hrsg.), Hof-Atelier Elvira 1887 – 1928. Ästhetik,
Emanzen, Aristokraten, München 1985

Renate Lindemann, 100 Jahre Verein für Fraueninteressen, 1994

Irmgard Schroll - Decker, Lebensthemen von Familienfrauen.
Analysen bei Teilnehmerinnen an der Orientierungsmaßnahme
„Neuer Start ab 35“, 1995

Ernst Prokop, u.a., Ehrenamtliche soziale Arbeit in der Städtischen Gesellschaft.
Forschungsbericht des Lehrstuhles Pädagogik I der Universität Regensburg über
Erhebungen bei Helferinnen und Helfer der Münchner Helfer Information, hrsg. von
H. Kronawitter, 1995

Sylvia Lederer, Die Anfänge des akademischen Frauenstudiums in der politischen
Debatte 1894-1904, München 1997 (unveröffentlichte schriftliche Hausarbeit zur
Zulassung zur Ersten Staatsprüfung für das Lehramt am Gymnasium)